Nr. 312 1. Ausgabe

Sonntag, 16. November 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 13528, 13638, 13697, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die 34 mm breite Nonpareillezeile kostet 90 Pf., die 78 mm breite Reklamezeile M. 3.—, mit Platzvorschrift M. 4.50. Für Stellen- oder Kunstlos 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung der Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Direktoren und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 3,00, vierteljährlich M. 6,00.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. M. 2,00, vierteljährl. M. 6,00
„ B mit „Illust. Neueste" „ „ 2,15 „ „ 6,45
Postbezug im Ausland u. Einzugsgebiet in der Postliste.
Kreuzbandsendungen wöchentlich M. 1,50, nach dem Auslande M. 1,30
Einzelnummer wochentags 15 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 10 Pf.

Sturmzeichen

Von unsrer Berliner Redaktion

+ Berlin, 15. November

Es kriselt dießmal nicht von links, sondern von rechts her. Die Anwesenheit des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg in Berlin zur Vernehmung durch den Untersuchungsausschuß hat offenbar die rechtsstehenden Kreise auf den Plan gerufen und am gestrigen Freitag bereits zu Kundgebungen vor dem Reichstagsgebäude geführt. Die Berichte, die über diese Demonstrationen am Freitag abend in den Berliner Blättern veröffentlicht wurden, widersprechen sich in sehr wesentlichen Punkten. Während es einerseits hieß, daß der Feldmarschall gestern noch nicht vor dem Untersuchungsausschuß vernommen werden sollte, verbreiten die Zeitungen auf der andern Seite eine aus einer Pressekorrespondenz stammende Darstellung, wonach Hindenburg beabsichtigt habe, sich in den Untersuchungsausschuß zu begeben, daran aber durch die Massen der demonstrierenden Schüler und Studenten vor dem Reichstagsgebäude gehindert worden sei. Die „Deutsche Allg. Zeitung" betont heute morgen, daß der Generalfeldmarschall gestern früh nicht vor dem Untersuchungsausschuß geladen war, und das halbamtliche Blatt glaubt zu wissen, daß es in der Tat nicht in der Absicht Hindenburgs gelegen habe, gestern in den Reichstag zu fahren. Demgegenüber erhält die Korrespondenz Sochaczewer die von ihr verbreitete Lesart aufrecht. In einer Erklärung sagt sie, der Generalfeldmarschall habe vor den Zelten, als sein Automobil angehalten wurde, selbst erklärt, daß er zum Reichstag müsse, wie durch zahlreiche Zeugen festgestellt werden könne. Die Tatsache, daß Hindenburg nicht in den Reichstag zu gelangen vermochte, sei den amtlichen Stellen sicher unangenehm, und die Behauptung der Reichskanzlei, daß die Meldung von der Behinderung Hindenburgs nicht zutreffe, sei unrichtig. Was ist nun richtig? Uns scheint, dieser Punkt bedarf dringend der Aufklärung.

Inzwischen hat die Haltung, die in den gestrigen Kundgebungen der Schüler und Studenten vor dem Reichstag zum Ausdruck kam, bereits weitere Kreise sowohl nach rechts wie nach links gezogen. Gestern abend fand in der „Philharmonie" eine von der Deutschen Liga für Völkerbund einberufene Versammlung mit der Tagesordnung „Nation und Völkerbund" statt, deren Verlauf so ziemlich das Erstaunlichste ist, was man bisher in diesen an ungewöhnlichen Ereignissen doch wahrlich nicht armen Zeitläuften erlebt hat. Als Redner in dieser Versammlung, über deren Verlauf bezeichnenderweise die rechtsstehende Presse bereits heute morgen berichtet, waren Reichsminister Erzberger und Prof. Dr. Walter Goetz aus Leipzig angekündigt. Der Name Erzberger hatte eine außerordentlich große Anzahl seiner Gegner angelockt. Die Versammlung war schon zu Beginn derart überfüllt, daß Tausende von Personen vergeblich vor dem Gebäude auf Einlaß warteten. Unter allgemeiner Unruhe wurde die Versammlung von Professor Schücking eröffnet mit dem Hinweis, daß Erzberger noch nicht erschienen sei, was sofort einen ungeheuren Tumult und eine Katzenmusik entfesselte. Die Versammlungsteilnehmer forderten, daß erst Herr Erzberger vor Professor Goetz zur Tagesordnung sprechen müsse. Professor Schücking suchte die erregten Gemüter durch die Mitteilung zu beruhigen, daß nach Herrn Erzberger geschickt sei und falls dieser nicht erscheine, das Eintrittsgeld zurückgezahlt werden solle oder im Falle, daß die Versammlung damit einverstanden sei, zum Besten der Kriegsgefangenen Verwendung finden solle. Plötzlich erschien der deutschnationale Abgeordnete Laverrenz am Rednerpult und bat in der allgemeinen Unruhe um Gehör für Professor Goetz. Der Vorsitzende hielt es aber sehr bald für ratsam, die Versammlung überhaupt zu schließen.

Trotzdem übernahm der deutschnationale Abgeordnete Laverrenz die Leitung und führte die Versammlung fort. Es sprach zunächst Freiherr v. Lersner vom Kriegsgefangenenausschuß, der eine Schilderung der Verhältnisse in den Kriegsgefangenenlagern gab. Nach ihm nahm der Deutschnationale Laverrenz wieder das Wort zu einer scharfen Angriffsrede gegen Erzberger, die in der Forderung gipfelte, dieser Mann müsse fort. Die allgemeine Erregung kam schließlich zum Ausdruck in der Annahme folgender Entschließung: „Die Versammlung hat vergeblich auf das Erscheinen Ew. Exzellenz gewartet. Sie bedauert Ew. Exzellenz unbegründetes Ausbleiben nicht und weiß es gebührend einzuschätzen." Unter stürmischen Hochrufen auf den Kaiser, Hindenburg und Ludendorff ging die Versammlung dann auseinander. Es bildete sich ein nach Tausenden zählender Zug, der sich zum Potsdamer Platz bewegte und nach der Wilhelmstraße abbiegen wollte, um Herrn Erzberger die gefaßte Entschließung zu überreichen. Der Leipziger Platz war inzwischen durch Sicherheitswehr und auch durch eine kleine Abteilung Polizisten abgesperrt worden. Trotzdem gelang es einem großen Trupp der Teilnehmer des Zuges, nach der Wilhelmstraße bis zur Reichskanzlei zu kommen, obwohl die Wilhelmstraße in der Eile durch Drahtverhaue abgesperrt war und Truppen mit aufgepflanztem Seitengewehr den Durchgang zu hindern versuchten. Schließlich gelang es aber doch, die Demonstranten abzudrängen.

Es ist ganz offensichtlich, daß es sich hier nicht mehr um spontane Kundgebungen für den volkstümlichen Heerführer Hindenburg handelt, sondern um eine klar zutage liegende Hetzpropaganda der Reaktion, die mit allen Mitteln das Volk in eine nationalistische Erregung hineinzutreiben sucht, an deren Glut sie ihr Parteisüppchen garkochen möchte. Man braucht nur die Leitartikel und Notizen der reaktionären Presse während der letzten Wochen verfolgt zu haben, um zu erkennen, daß hier nach einem wohlüberlegten System gearbeitet wird, das, wenn es Erfolg hätte, das deutsche Volk von neuem in einen Bürgerkrieg hineintreiben müßte, von dessen Furchtbarkeit die entsetzlichen Spartakus-Unruhen vom Anfang dieses Jahres nur einen Vorgeschmack gegeben hätten. Die Gefahr für das Volksganze — das gerade einigermaßen zur Ruhe zu kommen scheint und bei dem sich doch immerhin ein bescheidener Anfang von wiedererwachender Arbeitslust und Willen zum Aufbau der zerstörten Werte bemerkbar macht, die uns der sinnlos lange Krieg als traurige Erbschaft hinterlassen hat — ist groß. Die reaktionäre Hetze erzeugt bereits Funken auf der Gegenseite, wie der Aufruf beweist, den der Vorstand der Zentralorganisation Groß-Berlins der S. P. D. heute morgen im „Vorwärts" veröffentlicht und in dem erklärt wird, die Gegenrevolution, die heute in der deutschnationalen Volkspartei verkörpert werde, erhebe immer frecher ihr Haupt. Angesichts der Demonstrationen vor dem Reichstag müsse man zu der Ansicht kommen, daß die Behörden zu schlafen scheinen. Um sie aufzurütteln, sollen am nächsten Sonntag in verschiedenen Lokalen große Versammlungen gegen die reaktionäre Hetze stattfinden, und zwar für Republik und Demokratie." Außerdem sind für Sonntag große Massenversammlungen gegen die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen angesetzt. So sehr dieser Plan auch im Interesse unsrer schwer und schuldlos leidenden Kriegsgefangenen der Unterstützung würdig ist, darf man doch nicht vergessen, daß durch diese Veranstaltungen viele Zehntausende auf die Beine und auf die Straße gebracht werden, was in politisch so aufgeregten Zeiten natürlich Verwicklungsmöglichkeiten mit sich bringen kann, deren Auswirkungen unabsehbar sind.

Die mühsam erreichte Ruhe in der Reichshauptstadt ist wieder einmal auf das äußerste gefährdet. Das politische Thermometer steht auf Sturm. Die Lenker des Staatsschiffes, die es sicher und ruhig durch die gefährlichen Klippen des 9. November, des Jahrestages der Revolution, hindurchgesteuert haben, werden es hoffentlich auch acht Tage später nicht in neuen Strudeln versinken lassen. Wir brauchen Ruhe, die dem deutschen Volke nicht durch gefährliche Machtproben einer schuldbeladenen Reaktion aufs neue erschüttert werden darf.

Die Politik der Entente

„La Presse de Paris" hebt die Bedeutung der Besprechung hervor, die Pichon in London mit den englischen Regierungsmitgliedern hatte. Das Blatt fügt hinzu, daß die wichtigsten Fragen der Beratung folgende sind:

1. Die Ratifizierung des Friedensvertrages im amerikanischen Senat, die man als nicht zweifelhaft betrachtet.

2. Die Politik der Alliierten in Rußland. Weder Frankreich noch England werden neue Opfer bringen, um die übrigens noch für mehrere Monate versehenen Regierungstruppen, die gegen die Bolschewisten kämpfen, zu versorgen. Jedoch werden diese beiden Mächte keine Schritte unternehmen oder Unternehmungen einleiten, die geeignet wären, den Bolschewismus zu stärken.

3. Die Haltung der Alliierten gegen die Türkei. Die gemeinsame Politik Englands und Frankreichs geht dahin, alle nichttürkischen Gegenden von der türkischen Herrschaft zu befreien. Die gegenwärtige Tendenz ist die, den gegenwärtigen Sultan in Konstantinopel zu belassen, wobei die osmanische Regierung einer wirksamen und sorgfältigen Kontrolle unterstellt wird, um eine lebensfähige Macht herzustellen, die jedoch außerstande ist, den Nachbar oder christliche Untertanen zu schädigen. Bei allen Problemen, die besprochen wurden, wurde vollständige Uebereinstimmung zwischen den beiden Regierungen festgestellt.

Aus London meldet das Wolff-Bureau: Lloyd George wohnte gestern einer Sitzung des Unterhauses bei. Eine große Anzahl von Fragen über die Lage in Rußland wurde an ihn gestellt. Der Premierminister bemerkte kategorisch, daß niemals irgend jemand ermächtigt worden sei, in seinem Auftrage an die Sowjet-Regierung heranzutreten, um gegebenenfalls Verhandlungen mit dieser zu eröffnen. Ueber die militärische Lage Rußlands gab Lloyd George zu, daß die Rückschläge ziemlich bedeutend seien, die Admiral Koltschak erlitten habe, der übrigens, wie er hinzufügte, die Stadt Omsk nicht geräumt habe. Der Premierminister fügte hinzu, daß die russische Politik der englischen Regierung dieselbe bleibe wie bisher.

Der Wiederaufbau Frankreichs

* Berlin, 15. November. Vom 25. September bis 18. Oktober haben deutsche Sachverständigenkommissionen Besichtigungsfahrten in den zerstörten Gebieten Frankreichs gemacht, um einen allgemeinen Eindruck von den typischen Zerstörungspunkten sowie von den Wiederherstellungsarbeiten zu gewinnen, an denen sich Deutschland beteiligen könnte. Der erstattete Sachverständigenbericht wird in der „Deutschen Allg. Ztg." mitgeteilt. Auf allen Fahrten wurden zahlreiche deutsche Kriegsgefangene bei der Arbeit gesehen. Deutschland hat, wie die genannte Zeitung schreibt, durch diese Reise erneut seinen Willen zum Ausdruck gebracht, nach Kräften am Wiederaufbau des zerstörten Gebietes mitzuwirken.

Die Auslieferung der Handelsflotte

Hamburg, 15. November. (Eig. Drahtbericht.) Bis 1. November sind 187 deutsche Handelsschiffe an die Entente ausgeliefert worden.

Zwei Milliarden von Amerika?

* Haag, 15. November. Wie der New-Yorker Gewährsmann des „Handelsblad" erfährt, sei man in den Vereinigten Staaten unter gewissen Bedingungen bereit, Deutschland eine Anleihe bis zur Höhe von zwei Milliarden Dollar zu gewähren, wovon die Hälfte in Rohstoffen, die nach Deutschland ausgeführt werden sollen, bestehen wird.

Truppenwechsel im besetzten Gebiet

* Bonn, 15. November. Nach einer bei der Stadtverwaltung eingegangenen Mitteilung wird die Stadt Bonn voraussichtlich Ende dieses Monats von französischen Truppen besetzt werden, die in den Kasernen und Baracken Unterkunft finden sollen. Die Offiziere bekommen Bürgerquartiere.

Arbeitszwang im Elsaß

Karlsruhe, 15. November. (Eig. Drahtbericht.) Wie aus Straßburg gemeldet wird, wurde infolge der letzten Streiks durch Millerand den Behörden des Elsaß das Recht der Einführung des Arbeitszwanges übertragen. In Mülhausen wurde der Arbeitszwang bereits am 12. d. M. erklärt. Auf Nichtbefolgung der behördlichen Arbeitsbefehle werden in dem Millerand-Erlaß Gefängnis bis zu 10 Jahren, im verschärften Falle Deportation und bei Ausländern Abschiebung angedroht.

Der Abtransport aus England

Berlin, 15. November. (Eig. Drahtbericht.) Aus London wird berichtet, daß die restlichen deutschen Kriegsgefangenen aus England in den Tagen vom 15. bis 21. November aus den englischen Häfen transportiert werden.

Die Bedrohung der Industrie durch die Kohlennot

× Berlin, 14. November. Auf ein vom bayrischen Handelsminister an den Reichskanzler gerichtetes Telegramm, das auf die in Süddeutschland verbreiteten Gerüchte hinweist, man beabsichtige in Berlin, aus Transportgründen die ganze süddeutsche Industrie stillzulegen und nur noch die norddeutschen Betriebe zu beliefern, ist vom Reichskanzler Bauer eine Antwort ergangen, in der es heißt: „Die starken Einschränkungen in der Kohlenlieferung erfolgen grundsätzlich im ganzen Reiche gleichmäßig. Unbeabsichtigte, aus der Lage sich ergebende Ungleichheiten sind vorübergehend nicht völlig zu vermeiden. Gerade deshalb ist die jetzige Sperre des Personenverkehrs verfügt, um besonders Süddeutschland stärker mit Kohlen zu versorgen. Der tägliche Streckenversand nach Süddeutschland konnte dadurch nahezu verdoppelt werden. Da lebenswichtige Industrien berücksichtigt werden, ist auch in Norddeutschland bei andern Betrieben vielfach die Arbeitseinstellung unabwendbar, beispielsweise können die wichtigen mitteldeutschen Kaliwerke wegen Kohlenmangels nicht arbeiten. Abhilfe ist nur möglich, wenn die jetzigen verstärkten Abladungen durch dauernd gute Leistungen in den Eisenbahnwerkstätten usw. anhalten und womöglich noch gesteigert werden. Dafür bitten wir auch die durch Arbeitseinstellung bedrohten Arbeiter ihre Stimme zu erheben."

München, 15. November. (Eig. Drahtbericht.) Die Kohlenvorräte der bayrischen Staatsbahnen sind nun auf fünf Tage ergänzt worden. Das Verkehrsministerium erklärt, daß es eine Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Personenverkehrs nach dem 17. November nicht übernehmen könne.

× Hamburg, 14. November. Nach einer Bekanntmachung der Kohlenwirtschaftsstelle wird vom 15. November an der gesamten Industrie von Hamburg, Altona und Wandsbek der Kraftstrom ausgeschaltet.

Ein Protest der Hüttenbesitzer

* Essen, 15. November. In einer gestern in Essen unter Vorsitz des Generaldirektors Vögler abgehaltenen Zusammenkunft von Leuten rheinisch-westfälischer Hüttenwerke wurde die Absendung eines Telegramms nach Berlin beschlossen des Inhalts, daß die Verfügung auf erneute Einschränkung des Brennstoffverbrauches der Hüttenwerke unfehlbar die Stillegung des größten Teiles der Essener Hüttenindustrie bedeute. Die Durchführung sei unmöglich. Man lehne die Verantwortung ab und weigere sich, der Verfügung Folge zu leisten.

Die Einschränkung des Personenverkehrs

* Berlin, 15. November. Wie die „Post" aus dem Reichsverkehrsministerium erfährt, ist mit einer Beschränkung des Personenverkehrs bis zu 20 Prozent des Friedensfahrplanes für die Zeit bis zum 31. Dezember zu rechnen. Ebenso wird um die Weihnachtszeit mit starken Einschränkungen gerechnet werden müssen. Eine vollständige Verkehrssperre wird in Zukunft vermieden werden. In der Zeit bis zum Schluß des Jahres soll versucht werden, die Transportkrise zu beheben, denn von einer Kohlennot im eigentlichen Sinne kann nicht gesprochen werden. Man hofft, mit Beginn des Jahres die Personenzüge wieder verbreitern zu können. Die Schaffung einer Kohlendiktatur ist in Aussicht genommen.

Wie bei uns

TTA. Köln, 15. November. (Eig. Drahtbericht.) Wegen Kohlenmangels werden in Paris und Umgebung eine große Anzahl Fabriken stillgelegt werden müssen. Es handelt sich hier weniger um eine Kohlen- als vielmehr um eine Transportkrise. Vor dem Kriege dauerte der Transport der Kohlen von Pas de Calais nach Paris etwa 36 Stunden, heute kommen sie nicht vor 14 Tagen in Paris an.

Das oberschlesische Ergebnis

Von Siegfried Doerschlag

Kattowitz, 10. November

Als eine Generalprobe der Volksabstimmung in Deutschlands Südosten darf man die am Sonntag erfolgten oberschlesischen Gemeinderatswahlen ansehen. Ihr Ergebnis wird die nicht überrascht haben, die die oberschlesischen Stimmungen kennen. Eins ist immerhin sehr zu berücksichtigen und verdient besondere Betonung: viele Oberschlesier, die bei den Gemeinderatswahlen ihre Stimme für polnische Kandidaten abgaben, wollen lediglich polnische Vertreter in der Gemeinde haben — Polen wollen sie trotzdem nicht werden. Das werden aller Voraussicht nach die künftigen, schicksalentscheidenden Wahlen noch deutlicher zeigen.

Durch den polnisch-unabhängig-kommunistischen Aufstand vom August d. J. waren die Parteien arg gezaust worden. Die Mitte hielt den Anstürmen von rechts und von links nicht stand. Die chaotischen Zustände im Industrierevier wurden von den Rechtsparteien auf das Konto der Schwäche der derzeitigen Regierung gesetzt. Die Linksparteien spalteten sich, und einzelne ihrer Anhängergruppen standen sich bald in erbitterter Fehde gegenüber. Die Unabhängigen erhielten großen Zulauf aus dem Lager der Gewerkschaften, da man den Gewerkschaftsführern, als nicht radikal genug gesinnt, die Fähigkeit der Interessenvertretung der Arbeiter absprach. Unabhängige und Kommunisten machten bei der ihnen ja nur zu erwünschten Lockerung der staatlichen Ordnung gemeinsame Sache mit den polnischen Aufwiglern, glaubten sie doch, ihr umstürzlerisches Parteiprogramm dadurch eher verwirklichen zu können. Die Mehrheitssozialisten, die bei den Wahlen zur Nationalversammlung glänzend abgeschnitten hatten, zersplitterten sich. Ihr bewußtes Eintreten für die Regierung wurde ihnen von allen Unzufriedenen verübelt. Die einen gingen ins Lager der Rechtsparteien, die durch Einführung des kategorischen Imperativs Ordnung, Ruhe und Wiederaufbau versprachen. Die andern gingen ins Lager der Unabhängigen, wurden ihnen doch hier goldene Berge versprochen. Reichs- und Staatskommissar Hörsing warf vergebens seine einstige Popularität in oberschlesischen Arbeiterkreisen in die Wagschale. Als Regierungskommissar und zentrümlicher Mann, der energisch zugriff, wo andere Zustände einrissen, war er von vornherein bei den aufgewühlten Massen diskreditiert. Die Rechtsparteien wiedernum wurden in ihm nur den sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten sehen. Die deutschnationale Presse lief gegen ihn und seine Maßnahmen Sturm. Das Zentrum, das einst Oberschlesien beherrscht hatte, verlor durch seine antinationale Sonderpolitik. Die Verleugnung des nationalen Bewußtseins und präzise Erklärung („wir sind nicht Deutsche — sind nicht Polen, wir sind Katholiken") ließ zahlreiche Elemente mit starkem nationalen Bewußtsein ins Lager der Rechtsparteien abschwenken. Nicht geringe Kreise werktätiger Bevölkerung wiederum, die bis zur Revolution im Banne der Kirche gelebt und Stützen des Zentrums gewesen waren, gaben sich einen Ruck nach links zu den Unabhängigen.

Alle diese Wandlungen im oberschlesischen Parteileben, die als politisches Gesamtbild von besonderem Interesse waren, und das im ganzen Reich, besonders aber in Deutschlands gefährdetem Südosten bemerkbare Schwindende der Mitte, war bereits in den Tagen des oberschlesischen Aufstandes feststellbar. Zur Stärkung des Polentums haben ohne Zweifel die Unabhängigen ob ihrer oftmals unmittelbar wider die deutschen Interessen verstoßenden Oppositionspolitik nicht unerheblich beigetragen. Die Grenzen zwischen Unabhängigen und Polen sind vielfach ganz verschwommen, wiewohl sie in letzter Zeit angesichts der Volksabstimmung etwas deutlicher geworden sind, da die Unabhängigen nicht beabsichtigen, deutsche Sozialfürsorge mit polnischer antisozialer Arbeitsdiktatur zu vertauschen. Die Gewerkschaftsbewegung, die in Oberschlesien noch nicht festen Fuß gefaßt hatte, wurde gesprengt durch die allgemeine Unzufriedenheit. Die Gewerkschaftsführer standen bald allein auf dem Plan. Ihr Anhang war den Radikalen in die Hände getrieben worden. In Oberschlesien hatte sich keine Persönlichkeit gefunden, die vermocht hätte, die sich allmählich mehr und mehr verschärfenden Gegensätze auszugleichen. Darum kam es zu einem bedenklichen Anwachsen der polnischen Stimmen, einer für das bewußte Deutschtum in Oberschlesien nicht erfreulichen Verstärkung der U. S. P. D. und, als Gesamtbild, zur Verstärkung der äußersten linken und rechten politischen Parteien. Nirgendwo hat wohl der starre Parteimechanismus dem deutschen Gedanken, der deutschen Einheit, mehr geschadet als im kohlen- und erzreichen deutschen Südosten.

Oberschlesiens Südecke hat immer eine wesentlich stärkere polnische Bevölkerung aufzuweisen gehabt als das übrige Oberschlesien, von dem man — die Kreise Oppeln, Neustadt, Leobschütz, Neiße und Neustadt mit ganz erdrückender deutscher Mehrheit ausgenommen — etwa sagen konnte: „Die Stadt ist deutsch, polnisch das Land." Darum ist die polnische Mehrheit in einigen Industriebezirken des Südzipfels im Gesamtbilde bedeutungslos.

Eins hat aber die Wahl erwiesen: der polnische Optimismus ist durchaus nicht am Platze. Die Generalprobe des 9. November bedeutet für ihn eine Niederlage. Der Sieg der deutschen Parteien ist allerdings nicht groß. Wenn es aber demnächst um die große Schicksalsfrage: Deutschland oder Polen geht, dürfte er voraussichtlich größer werden. Es mag uns vorläufig genügen, daß eine deutsche Mehrheit in Oberschlesien in gerechter und geheimer, völlig unbeeinflußter Wahl festgestellt ist. Wer die Entwicklung im Oppelner Regierungsbezirk vorurteilslos und von parteifreier Warte aus verfolgt hat, für den stand es von vornherein fest, daß sie nicht überraschen konnte. Der 9. November kann schon als Beweis gelten: Wird nach der Befreiung durch die Verbündeten und Verbündeten-Heere die Wahl nicht verpfuscht, dann ist es klar, daß Oberschlesien das bleibt, was es war und was die Mehrzahl seiner Bevölkerung erstrebt: ein deutsches Land!

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19191116 01/1